

Kantonale Volksinitiative zur fairen Finanzierung der Corona-Hilfen Wer bezahlt die Krise?

In Deutschland organisieren sich Reiche mit Gewissen – sie wollen angemessener und aktiver zum Gemeinwohl beitragen, indem sie für eine höhere Besteuerung der Besitzenden werben, wie die Süddeutsche Zeitung kürzlich berichtete. Und in der Schweiz? In Zürich? Schweigen sie und schaffen im Verborgenen die Stempelsteuer ab (s. hintere Seite).

Darum hat jetzt der Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich (GBKZ) zusammen mit den linken Parteien eine kantonale Volksinitiative für eine faire Finanzierung der Corona-Hilfen lanciert. Wer Multimillionärin oder -millionär ist, soll befristet zusätzlich 20% auf die Vermögenssteuern, welche über dem Betrag von rund 3,3 Mio. Franken liegen, beitragen. Der auf drei Jahre befristete Zuschuss soll der öffentlichen Hand insgesamt rund 300 Millionen zusätzlich einbringen – angesichts der bislang für die Corona-Hilfen aufgewendeten 1,2 Mia. Franken ein bescheidener, aber notwendiger Beitrag. Denn wegen der Corona-Pandemie mussten zahlreiche Geschäfte und Betriebe zumindest temporär schliessen. Mit den Kundinnen und Kunden blieben auch die Einnahmen weg. Ohne die Corona-Hilfen hätten viele Betriebe finanziell nicht überlebt und Arbeitsplätze wären verloren gegangen. Die Corona-Hilfen sind deshalb unbestritten wichtig. Sie haben aber auch ihren Preis: Mehr als 1,2 Mia. Franken hat der Kanton

Zürich bis heute an Corona-Hilfen gesprochen. Das geht natürlich nicht spurlos an den Kantonsfinanzen vorbei. Nebst den Mehrausgaben werden in Zukunft auch die Steuereinnahmen erheblich sinken. Die Unternehmenssteuerreform wird ab 2022 zu Mindereinnahmen von mindestens 100 Millionen Franken pro Jahr führen. Geschlossene Geschäfte, vermehrte Arbeitslosigkeit und gesunkene Einkommen wegen Kurzarbeit werden zudem auch zu Mindereinnahmen bei den Steuern der natürlichen Personen führen.

Parallel hat sich mit der Corona-Krise eine Entwicklung beschleunigt, die wir schon seit Jahren bekämpfen: Während die Ärmsten immer ärmer werden, steigt das Vermögen der Reichsten immer mehr an. Es wäre nur fair, wenn Vermögende einen Teil der Finanzierung der Corona-Hilfen übernehmen. Die Initiative vom Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich und diversen politischen Parteien fordert eine befristete Zusatzsteuer auf Vermögen von mehr als 3 Mio. Franken. So würde der Kanton über drei Jahre rund ein Viertel der Summe zurück bekommen, mit der er die «Corona-Hilfen» finanziert hat.

Sandra Ceresa und Duri Beer

Jetzt auf dem beiliegenden Unterschriftenbogen unterschreiben!

Vernehmlassung flexibler Altersrücktritt

Mehr fördern statt fordern

Der Sektionsvorstand des VPOD Zürich Stadt und Institutionen hat die Vernehmlassungsvorlage nach den Rückmeldungen aus den VPOD-Gruppen in den städtischen Betrieben Ende Juni diskutiert und Anträge zuhanden des Finanzdepartements formuliert (vgl. Mai-Ausgabe der VPOD-Informationen).

Die Vorstandsmitglieder begrüssen die vorgesehenen Massnahmen zur Entlastung der über 58-jährigen Mitarbeitenden, lehnen aber die Aufweichung des ordentlichen Pensionierungsalters entschieden ab – bereits heute können städtische Mitarbeitende ihre berufliche Tätigkeit verlängern, eine weitere Aufweichung durch eine links-grüne Mehrheit in der Stadt Zürich wäre ein fatales Zeichen. Nur wenn zusätzliche finanzielle Mittel in die Überbrückungszuschüsse bei Frühpensionierungen der Arbeiterinnen und Beschäftigten fliessen, sind sie bereit, die Vorlage nicht aktiv zu bekämpfen. Generell fällt die Kritik der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter harsch aus: «Mit dieser Vorlage wird einmal mehr der erklärte Zweck, die Bekämpfung des Fachkräftemangels, nicht richtig

und nicht grundlegend angegangen. Auch dieses Mal wird «Pflästerli-Politik» betrieben, anstatt tiefgreifende und nachhaltige Lösungen gegen den Fachkräftemangel zu implementieren. Wie von uns seit Jahren und in mehreren Vernehmlassungen dargestellt, muss das Problem des Fachkräftemangels an seinen Wurzeln gepackt und nicht durch kosmetische Eingriffe bekämpft werden.

Korrigendum VPOD-Informationen Mai 2021 Arbeiten bis über 70?

Durch den Beitrag zur Vernehmlassung zum flexiblen Altersrücktritt in der Mai-Ausgabe der VPOD-Informationen hat der Eindruck entstehen können, dass die Stadt ihre Mitarbeitenden ohne deren Zustimmung dauerhaft in eine tiefer entlohnte Funktion versetzen könne. Dies ist falsch und entspricht nicht dem Sinn und Geist der Vorlage, wie das Finanzdepartement gegenüber dem VPOD Zürich richtiggestellt und ein

Umkleiden in den Stadtspitälern

Nicht in Stein gemeisselt

Hartnäckigkeit zahlt sich aus. Zwar erhalten die Mitarbeitenden seit Juli 2021 wie vom GUD vorgesehen die wenig geschätzte Geldpauschale von Fr. 60.–, dies sei aber nur eine vorläufige Lösung. Der VPOD könne sich im Projekt «Stärkung Pflege» einbringen, so der Stadtrat. Nun braucht es den Druck der Mitarbeitenden.

Im Januar hatte der Stadtrat die Neuregelung beschlossen und den Departementen zwei Varianten zur Umsetzung vorgegeben. Die Festlegung auf eine Geldpauschale ist eigentlich nur dann vorgesehen, wenn «stempeln» nicht möglich oder sinnvoll ist. Das GUD hat sich trotzdem für diese Variante entschieden, obschon die Mitarbeitenden dadurch keine Entlastung erfahren und Belastungen nicht reduziert werden – das Credo des städtischen Gesundheitsmanagements. Der VPOD hat die fehlende Mitwirkung der Mitarbeitenden und ihrer Vertretungen beim Stadtrat moniert, mit Erfolg. In seiner Antwort stellt Stadtrat Hauri (GLP) in Aussicht, dass die Pauschale eine «vorläufige» Lösung sei und die Personalverbände sich im Rahmen des Projekts «Stärkung der Pflege» einbringen könnten – dieses Bekenntnis ist neu. Nun braucht es alle Mitarbeitenden der Stadtspitäler, wenn bis Ende Jahr anstelle einer mickrigen Pauschale eine anständige, angemessene Lösung verhandelt sein soll, welche alle betroffenen Mitarbeitenden mittragen können.

Die Mobilisierung im Gesundheitswesen dauert an. Den Stein ins Rollen gebracht haben die Mitarbeitenden des Kantonsspitals (CHUV) in Lausanne, die am 23. Juni gestreikt und demonstriert haben. Sie machen auf die dramatische Situation im Gesundheitswesen in der Romandie aufmerksam, die dazu geführt hat, dass jede/jeder Vierte überlastet ist, dabei erkrankt und durch Temporäre ersetzt wird. Kündigungen und Berufsaustritte haben stark zugenommen. Drei Tage später sind hunderte Mitarbeitende aus dem Gesundheitsbereich in Zürich dem Aufruf des Netzwerks «Gesundheit vor Profit» gefolgt und sind vom Helvetiaplatz aus durch die Stadt gezogen, um auf die nicht mehr zumutbare Situ-



Auftakt zur Mobilisierung. Die Care-Mitarbeitenden des CHUV in Lausanne haben am 23. Juni gestreikt.

Bild: VPOD Zürich

ation in vielen Betrieben der Gesundheitsversorgung aufmerksam zu machen.

Zur Unterstützung der Mobilisierung des Gesundheitspersonals haben die Delegierten des VPOD Ende Juni die Kampagne «Road to strike» ins Leben gerufen – die zum Ziel hat, die Mitarbeitenden im Gesundheitswesen in der ganzen Schweiz darin zu unterstützen, sich zu organisieren und ihre Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen und Löhnen erfolgreich durchzusetzen. Am 30. Oktober ist eine nationale Mobilisierung des Gesundheitspersonals in Bern geplant.

Fiora Pedrina und Duri Beer

«Road to strike» – komm mit!

Du möchtest dich für bessere Arbeitsbedingungen in deinem Gesundheitsbetrieb einsetzen? Am Arbeitsplatz Druck aufbauen, notfalls bis zum Streik? Organisiere weitere 7 Arbeitskolleg*innen, wir besuchen euch mit unserem Streikbus und begleiten euch auf dem Weg zur Durchsetzung eurer Forderungen. Schritt für Schritt. Bereits einen kleinen Beitrag kannst du leisten, wenn du an der Umfrage im Gesundheitswesen mitmachst.

<https://zuerich.vpod.ch/road2strike>

Volksinitiative kommt vors Volk

«Für eine starke Pflege»

Bei der Volksinitiative «Für eine starke Pflege» hat die Stimmbewölkerung das letzte Wort. Das Initiativkomitee hält an der Pflegeinitiative fest. Der vom Parlament vorgelegte indirekte Gegenvorschlag gehe zu wenig weit, teilen die Initianten zum Ende der Sommersession mit. Die Ausbildungsoffensive von rund 1 Milliarde Franken und die eigenverantwortliche Abrechnung mit den Krankenkassen seien zwar wichtige Schritte. Doch im Gegenvorschlag würden Massnahmen fehlen, welche die Pflegequalität sichern: bessere (familienverträgliche) Arbeitsbedingungen und mehr Personal auf den Schichten. Der Gesundheitsbereich des VPOD hat die Initiative von Anfang an unterstützt und wird sich auch im Abstimmungskampf für die Vorlage engagieren. Frühest möglicher Abstimmungstermin ist der 28. November 2021.

Agenda

Dienstag, 6. Juli, 19.00–21.30 Uhr
Cashkurs «Fight for your rights» in der Pflege
Weiterbildung

Freitag, 30. Juli, 16.30 Uhr
GV Gruppe VBZ Technik Altstetten
Personalrestaurant Zentralwerkstatt ZW

Donnerstag, 26. August, 13.30 Uhr
Ärger will gelernt sein. Im Sozialbereich.
Weiterbildung

Donnerstag, 2. September, 9.30–17.00 Uhr
Das System der Altersvorsorge der 1. und 2. Säule
Weiterbildung

Donnerstag, 23. September, 9.30–17.00 Uhr
Das Arbeitsgesetz im Gesundheits- und Sozialbereich
Weiterbildung

Montag, 27. September, 19–21 Uhr
Cashkurs «Fight for your rights» in der Kinderbetreuung
Weiterbildung

Dienstag, 28. September, 9–18 Uhr
Umgang mit schwierigen Fahrgästen
Weiterbildung

Aktuelle Informationen findest du in unserem Kalender unter <https://zuerich.vpod.ch>

Erreichbarkeit des VPOD-Sekretariats
unter 044 295 30 00:
Montag–Donnerstag 9–12 Uhr und 14–16 Uhr,
Freitag 9–12 Uhr

Schaltdienstleistungen (Reka-Checks usw.) sind auf Vereinbarung möglich. Kontaktaufnahme per Telefon oder Mail (info@vpod-zh.ch).

Beratungen finden auf Vereinbarung vor Ort oder am Telefon statt. Anfragen bitte direkt an Person oder an info@vpod-zh.ch.



Löhne statt Rentenalter rauf

Wir wollen unser Geld

Auch der diesjährige 14. Juni stand im Zeichen der Gleichstellung. Ein voller Erfolg war die grosse Demo in Zürich, an der rund 20000 Personen, mehrheitlich Frauen teilnahmen.

Für die VPOD-Frauen stand das Thema Lohnungleichheit im Zentrum. Die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen hat seit Beginn der Pandemie nämlich zugenommen. Dies führt schlussendlich auch zu schlechteren Renten. Darum haben wir auch am 14. Juni deutlich NEIN zur geplanten AHV-Reform 21 gesagt. Die minimalen AHV-Renten sind heute schon sehr tief und reichen nicht zum Leben. Ein Abbau gilt es dezidiert zu bekämpfen: Rauf mit den Renten, nicht mit dem Frauenrentenalter!

Anna-Lea Imbach



Tausende Frauen demonstrieren in Zürich



Am Mittag hat sich der VPOD am Anny-Klawa-Platz getroffen. Dort konnten die VPOD-Mitglieder mit einem feinen Linsencurry in der Hand einer fragmenthaften Performance von Alexandra, Amélie und Alina über das Leben der Anny Klawa Morf lauschen.



Ab 15.19 Uhr bereiteten wir uns bei der Bäckeranlage für die Demo vor.

SGB: Referendum gegen die Stempelsteuer

Wer hat, hat bald noch viel mehr

Die Abschaffung der Stempelsteuer ist eine (ur-)alte Forderung der Banken und Versicherungen. Bisher konnten alle Versuche abgewehrt werden – auch weil die Abschaffung über 2 Mia. Franken Steuerausfälle verursachen würde. Jetzt wird's ernst.

Das Parlament und Bundesrat Ueli Maurer wählen deshalb eine Verschleierungstaktik. Sie haben die Abschaffung in verschiedene Etappen aufgeteilt, die einzeln unter dem Radar durchgehen sollen. In der ersten Tranche soll die Emissionsabgabe auf Eigenkapital abgeschafft werden (Kosten rund 200 bis 250 Mio. Fr.), Teil 2 beinhaltet die Abschaffung der Umsatzabgabe auf Obligationen – plus gleichzeitig die Streichung der Verrechnungssteuer auf Obligationenzinsen (Kosten gemäss Bund rund 200 Mio. Fr., Kosten-

schätzung SGB über 500 Mio. Fr.). In weiteren Teilen sollen dann die übrigen Umsatzabgaben sowie die Stempelsteuer auf Versicherungen abgeschafft werden (Kosten rund 2 Mia. Fr.).

Der SGB bekämpft die Abschaffung der Stempelabgabe und unterstützt folglich das Referendum gegen Teil 1 dieses umfassenden Steuerenkennungsprogramms. Es nützt nur dem Finanzplatz, den Vermögenden und Gutverdienenden. Die Arbeitnehmenden müssen dann die Defizite finanzieren. Die Abschaffung der Stempelsteuer führt zu Milliardenausfällen beim Bund, die Abschaffung der Emissionsabgabe dürfte auch bei Kantonen und Gemeinden zu Ausfällen führen.

Seit Mitte der 1990er Jahre wurden die Steuern für Gutverdienende und Vermögende in zahlreichen Schritten gesenkt. Die Kantone haben die Einkommenssteuern deutlich reduziert. Die Vermögenssteuern für Millionäre wurden in vielen Kantonen sogar halbiert. In der Zentralschweiz liegen die Sätze heute mittlerweile bei 1 bis 2 Promille. Die Abgabenlast für Normalverdienende ist hingegen gestiegen.

Zusätzlich gab es eine Reihe von Entlastungen spezifisch für Kapitaleinkommen:

- 1997 schaffte der Bund die Kapitalsteuer ab.
- Die Unternehmenssteuerreform II im Jahr 2008 senkte die Steuern fürs Kapital jährlich um 1,5 bis 2,2 Mia. Franken – durch die Einführung des Kapitaleinlageprinzips, die Teilbesteuerung von Dividenden von 70 % (Bund) bzw. 50 % (Kantone) und die Anrechnung der Gewinnsteuer an die Kapitalsteuer (Kantone).
- Durch die Unternehmenssteuerreform III (STAF) sanken die kantonalen Gewinnsteuern insbesondere für Banken und Versicherungen.

Mehr Infos: www.sgb.ch

Höhere Löhne dank mehr Transparenz

Transparenz für die Löhne in 72 Branchen mit 2 Millionen aktuellen Lohndaten aus 36000 Unternehmen: Mit dem Lohnrechner des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB) können Angestellte individuell den Lohn berechnen, der ihnen zusteht. Das schafft nicht nur Transparenz und hilft bei Lohnverhandlungen, sondern sorgt auch für bessere Löhne und mehr Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen. Diese Lohndaten dienen auch als Grundlage für die Lohnkontrollen, um Lohndumping zu verhindern. Die Lohnplattform des SGB ist nun mit den neusten Daten aktualisiert und benutzerInnenfreundlicher gestaltet.

Mehr Infos: www.sgb.ch

Gründungstreffen der VPOD-Gruppe Kinderbetreuung Zürich

Volle Kraft voraus

Am 5. Juni 2021 fand das erste Treffen der neu gegründeten VPOD-Gruppe Kinderbetreuung statt. Das Treffen wurde gleichzeitig per Zoom und vor Ort durchgeführt. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde berichtete Martina Flühmann darüber, was in der Stadt Zürich momentan rund um die Kinderbetreuung läuft und wie sich die Stadt bezüglich eines Gesamtarbeitsvertrags (GAV) positioniert. Im 2. Teil des Treffens wurden die Resultate der VPOD-Umfrage «Gesundes Kita-Personal, gesunde Kinder!» vorgestellt und die gesundheitliche Belastung des Betreuungspersonals diskutiert. Schliesslich bot das Treffen auch Zeit und Raum für dringliche Fragen in den Betrieben, zum Beispiel wie man mit Kurzarbeit und Personalmangel umgehen kann. Auch die

Herausforderungen, die Kinder mit besonderen Bedürfnissen für das Betreuungspersonal verursachen, wurden besprochen. Schliesslich drehte sich das Gespräch um verschiedene Betreuungsschlüssel und die Frage, welche Forderungen aus Sicht der Arbeitnehmer*innen diesbezüglich zu stellen sind. Gemeinsam Missstände in der Branche benennen, Forderungen festlegen und konkrete Initiativen planen sind erste und wichtige Schritte, damit sich bald etwas in der Branche bessert. Das nächste Treffen findet voraussichtlich Ende August statt.

Julia Maisenbacher

Interessierte können sich gerne melden: julia.maisenbacher@vpod-zh.ch

Aktive Gewerkschafter im Sportamt

Zum Bademeister berufen

Cristiano Finale ist bald 61-jährig und arbeitet seit bald 37 Jahren in der Stadt Zürich als Bademeister. Er ist langjähriger aktiver Gewerkschafter der VPOD-Gruppe im Sportamt und Mitglied des Vorstandes.

«Für mich ist dieser Job ideal gewesen. Wenn du arbeitest, arbeitest du. Mir ist es immer gut gegangen, ich hatte nie Schwierigkeiten mit den Chefs. Darum bin ich seit 37 Jahren hier. Es ist zu meiner Lebensphilosophie geworden, draussen zu arbeiten. Ich liebe die Vögel, die Tiere. Ich wollte nie in einem Hallenbad arbeiten, jahrelang den Chlordämpfen ausgesetzt, das tut auf Dauer nicht gut.

Mit dem KV-Abschluss in der Tasche habe ich 1979/80 bei meiner ersten saisonalen Anstellung im Dolderbad Fr. 1800.– pro Monat verdient und musste dafür 54 Stunden pro Woche arbeiten. Ich fühlte mich trotzdem dazu berufen, die Aufgabe als Bademeister zu übernehmen. Nach der ersten Sommersaison haben mir dann befreundete Musiker eine Stelle in der Badi Allenmoos vermittelt, die auch dort gearbeitet hatten. Wir haben früher bei schlechtem Wetter häufig zusammen gekocht, grilliert oder Fondue gegessen. Es ist über die Jahre immer wieder vorgekommen, dass wir uns auch ausserhalb der

Arbeitszeit um unsere Grünflächen gekümmert haben – wir haben uns immer stark mit dem Betrieb identifiziert.

Aber nach 37 Jahren, es nagt an einem: die zunehmenden Diebstähle, die Smartphones, das Littering, verantwortungslose Eltern. Aber auch die Schichtarbeit. Nach fünf Tagen bist du froh, wenn du einmal frei hast. Du musst ja trotzdem funktionieren. Und ich funktioniere relativ zügig. Ein 20-Jähriger steht anders auf, meine Batterie ist nicht mehr so voll. Die Frühschicht beginnt um 6.20 Uhr und dauert bis 16 oder 17 Uhr. Wenn du um 11 Uhr beginnst, arbeitest du bis 21, 22 oder 23 Uhr.

Wenn ich über die Veränderungen in meinem Berufsleben nachdenke, fällt mir auf: es hat sich sehr viel für die Arbeiter getan. Früher musste ich häufig 14-stündige Schichten leisten, wir waren zu zweit oder zu dritt, hatten fast keine Aushilfen, die uns unterstützt haben. Jetzt haben wir uns mit dem Sicherheits-Konzept durchgesetzt. Wenn wir 4000 oder mehr Besucherinnen und Besucher haben, sind wir unter Druck. Hier in Seebach haben wir uns gut organisiert, bilden ein gutes Team, viele Aushilfen wollen zu uns kommen. Ich höre immer wieder andernorts von Konflikten, in denen es um die Arbeitsplanung geht. Wir haben



In 40 Jahren von 54 auf 42 Stunden pro Woche.



Cristiano Finale wohnt und arbeitet in Seebach und schätzt die Nähe zwischen Wohn- und Arbeitsort.

Bilder: VPOD Zürich

hier auch fast keine krankheitsbedingten Absenzenheiten. Wir ziehen uns am Morgen hier um und stempeln dann ein. Am Ende der Schicht duschen wir, ziehen uns um und stempeln dann aus. So stimmt es für uns und den Betrieb.

Früher kamen jährlich rund 70000 Besucherinnen und Besucher pro Saison, heute sind es 110000. Seebach wächst, und heute haben wir auch bei schlechtem Wetter geöffnet, weil unser Wasser durch Fernwärme geheizt ist. Im Sommer warten täglich 20 bis 30 Schwimmerinnen und Schwimmer vor dem Eingang. Ich war schon

längere Zeit im Mythenquai, in Tiefenbrunnen, Allenmoos und Seebach. Die Bedingungen sind hier für mich die besten. In zwei Minuten bin ich zu Fuss daheim, ich brauche weder Auto noch öV. Das führt aber auch dazu, dass ich ein bisschen vorsichtig bin, meinen Namen gegen aussen zu zeigen. Denn manchmal muss ich streng sein oder gar die Polizei rufen – und das könnte schon zu bedrohlichen Situationen mit Jugendlichen oder jungen Erwachsenen führen. Ich wurde vor Jahren einmal bedroht – sonst habe ich aber immer Glück gehabt.»

Duri Beer